



Um 2185 Meter ist die Zunge des Morteratsch-Gletschers seit dem Jahr 1900 zurückgegangen. Die zentrale Frage ist nicht mehr, was in der Klimapolitik zu tun wäre, sondern wie viel Zeit noch bleibt

FOTO: GLETSCHER-INITIATIVE

Wenn das Klima nach Notrecht schreit

Weil die Klimakrise unerbittlich voranschreitet, wird die Zeit zum Handeln knapper und knapper. Lange demokratische Entscheidungswege wanken. Im Kanton Zürich will eine parlamentarische Initiative das Notrecht bereits ausweiten

Von Carlo Knöpfel

Die Klimakrise kommt nicht mehr auf uns zu, wir leben bereits in der Klimakrise. Die Auswirkungen der schleichenden Erwärmung sind nicht mehr zu übersehen. Hitzewellen überziehen die Kontinente, milde Winter führen zu Wassermangel. Das Klima steht auf der Kippe.

Die politischen Akteure mühen sich mit der Klimakrise ab. Klimagipfel reiht sich an Klimagipfel, doch vollmundig verkündigte Klimaziele werden nicht eingehalten, monetären Verpflichtungen zu mehr Klimagerechtigkeit nicht Folge geleistet. Nationale Gesetzgebungen stossen auf gut orchestrierten Widerstand. Vermeintliche Mehrheiten für eine wirksame Klimapolitik schrumpfen dahin, wenn es konkret wird.

Das sieht man besonders gut in der direkten Demokratie der Schweiz. So war zum Beispiel die *Schweizerische Volkspartei* mit einem Referendum erfolgreich und verhinderte die Einführung einer breiten Besteuerung des CO₂-Verbrauchs, obwohl die meisten Haushalte von einem »Klimabonus« profitiert hätten.

Viele suchen darum nach anderen Wegen, um den notwendigen gesellschaftlichen Umbau hin zu einer klimaneutralen Lebensweise voranzutreiben. Sie signalisieren, dass die tradierten politischen Mechanismen und demokratischen Entscheidungsprozesse in der Klimakrise offenbar nicht rechtzeitig zum Ziel führen werden.

Damit wird inzwischen auch von progressiver Seite die Demokratie in Frage gestellt, nachdem über viele Jahre vor allem rechtsbürgerliche Kreise in der Schweiz versucht haben, die Politik in die Dienste der Shareholder zu stellen. Man denke nur an die »Schweiz AG« oder das »Weissbuch«, in dem gefordert wurde, die Schweiz wie ein Unternehmen zu führen.

Hört auf die Wissenschaft

Indessen sind die Strategien der Klimabewegung vielfältig. Die einen setzen auf die Wissenschaft, die anderen auf das Recht, dritte auf den Markt. Gemeinsam ist allen drei Strategien der Versuch, die behäbige Politik zu übersteuern.

»Follow the science!«, Hört auf die Wissenschaft: Diese Forderung hat die Bewegung *Fridays for future* schon früh aufgestellt. Mit Recht weist sie darauf hin, dass gerade in der Klimafrage grosse Einigkeit unter den Wissenschaftler:innen besteht. Kaum eine ernstzunehmende Fachperson bezweifelt, dass sich das Klima weltweit erwärmt und dass menschliches Verhalten der wichtigste Faktor für diese Entwicklung darstellt.

Trotz Ausdifferenzierung und Pluralität haben vor allem auch die regelmässig erscheinenden Berichte des Weltklimarats IPCC zu einer Konvergenz der wissenschaftlichen Einschätzung der Klimaerwärmung über viele Forschungszeige hinweg geführt. Die Forderung liegt darum nahe, die Politik aufzufordern, dem Rat der Klima-Expert:innen zu folgen. Die Politik hat längst Erfahrung mit einer solchen »Expertokratie« gesammelt. In jüngster Zeit stützte sich die Politik sowohl bei der Bewältigung der Corona-Pandemie wie bei der »Abwicklung« der *Credit Suisse* auf den Rat der Fachleute ab.

Allerdings verwechseln jene, die diese Parole propagieren, die wissenschaftliche Einigkeit über das, was ist, mit Aussagen darüber, wie Politik in der Klimakrise handeln sollte. Aus technologischer Perspektive ist zwar alles bereits entwickelt, was es brauchen würde, um dem CO₂-Ausstoss auf Netto-Null herunterzubringen. Doch wie dies politisch erreicht werden kann, bleibt umstritten.

Im Kern geht es darum, dass immer weniger Kohle, Erdöl und Erdgas zur Erzeugung von Energie und zur Förderung der Mobilität verbrannt werden. Die einen fordern dafür Verbote für Verbrennungsmotoren und Gebote für die konsequente Bedachung mit Solarpanels, die anderen setzen auf Preissignale einer Klimasteuer und Anreize für Innovationen im Bereich der Stromspeicherung, dritte plädieren für Technologieoffenheit und meinen damit den Bau neuer Atomkraftwerke.

Die Politik kann und wird sich nicht für eine Klimastrategie entscheiden können, sondern für einen pluralistischen Ansatz plädieren, der möglich machen soll, was demokratisch mehrheitsfähig und wirtschaftlich möglich ist. Ob das reichen wird, muss mit Blick auf den neuesten globalen Synthesebericht des Weltklimarates, der im März 2023 veröffentlicht wurde, bezweifelt werden.

Wird es das Recht richten ...?

Die *Klimaseniorinnen* verfolgen seit 2016 und mit Unterstützung von *Greenpeace Schweiz* eine andere Strategie. Nachdem der Instanzenweg in der Schweiz ausgeschöpft war, haben sie das Land vor dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* EGMR wegen seiner zurückhaltenden Klimapolitik angeklagt. Dieser entschied, den Fall prioritär in der Grossen Kammer zu behandeln. Das ist alles andere als der Regelfall. Die grosse Kammer mit siebzehn Richter:innen behandelt nur Klagen, denen grundlegende Bedeutung zugemessen wird. Das Urteil wird darum als Leiturteil ausgelegt werden, dessen Bedeutung weit über den konkreten Fall Wirkung entfalten wird.

Die Klimaseniorinnen verweisen in ihrer Anklage auf das Pariser Klimaabkommen, in dem sich die Schweiz dazu verpflichtet hat, ihren Beitrag zu leisten, um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die Klimaseniorinnen bezweifeln, dass die aktuelle Klimapolitik der Schweiz diesem Anspruch gerecht wird, und fordern als Direktbetroffene strengere

Massnahmen, weil sie sich persönlich von der Klimakrise in ihrer Gesundheit bedroht fühlen.

Die Hitzewellen treffen ältere Menschen in besonderer Weise und können zu Krankheit und Tod führen. Diverse Studien zeigen, dass Frauen davon noch stärker betroffen sind als Männer, was sich in einer höheren Sterblichkeit während Hitzesommern niederschlägt.

In Strassburg muss sich die Schweizer Delegation gegen den Vorwurf verteidigen, mit der zögerlichen Klimapolitik Menschenrechte zu verletzen, insbesondere das Recht auf Leben. Dies wird von offizieller Seite bestritten. Die politischen Instanzen verweisen auf die Gewaltenteilung und möchten eine »übermässige Vergerichtlichkeit« des Klimaproblems verhindern. Die Schweizer Gerichte lehnten die Klage ab, weil der Schweizer Staat noch sehr viel Zeit habe, um wirksamere Massnahmen zu ergreifen.

Das sehen die Klimaseniorinnen anders. Sie leiden schon heute unter den Hitzetagen, die in den letzten Jahren immer häufiger und länger ausgefallen sind. Sollten die Klimaseniorinnen zumindest teilweise Recht bekommen, käme der Bundesrat nicht mehr darum herum, Klimamassnahmen zu ergreifen, die rascher und konsequenter zur Begrenzung der Klimaerwärmung beitragen.

Vielleicht wäre die Bundesverwaltung sogar froh, käme es – das EGMR-Urteil wird Ende Jahr erwartet – zu einer Verurteilung. Das könnte der politischen Debatte neuen Schub verleihen. Doch die Umsetzung eines solchen Richterspruchs könnte dauern. Und müsste trotz allem demokratisch legitimiert werden. Kann ein Gerichtsurteil aus Strassburg die Meinung der Schweizer Stimmbewölkerung über die Klimapolitik ändern?

... oder der Markt?

Oder wird es der Markt richten? Die global vernetzte Wirtschaft der Schweiz gehört, gemessen an der Grösse und der Bevölkerungszahl des Landes, zu den grössten Emittenten von Treibhausgasen. Die grossen Unternehmen, aber auch die klein- und mittelgrossen Betriebe, sehen sich immer stärker gefordert, auf die direkten Folgen der Klimakrise und die indirekten Auswirkungen der Klimapolitik zu reagieren. Eng verflochten mit globalen Lieferketten, sehen sich die Unternehmen massiver denn je herausgefordert, den Weg der Dekarbo-



»Kirche sind wir« – am liebsten mit Dir!

So lautet das Credo der ökumenischen Gemeinde Halden, welche als eine der ersten im Jahr 1975 gegründete wurde. Sie ist eingebunden in die katholische Seelsorgeeinheit St. Gallen Ost und in die Evang.-ref. Kirchgemeinde Tablat St. Gallen. Im ökumenischen Gemeindezentrum Halden werden Ökumene und interreligiöse Kontakte selbstverständlich gelebt, gefeiert und weiterentwickelt.

Für diese besondere und vielseitige Gemeinde suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung eine/einen

Pfarrbeauftragte/ Pfarrbeauftragten (70–80%)

Wir freuen uns auf eine kontaktfreudige und aufgeschlossene Persönlichkeit, die motiviert ist, zusammen mit dem Seelsorgeteam vor Ort, dem Pastoralteam der Seelsorgeeinheit und den evangelischen Kolleginnen und Kollegen die Gemeinde zu leiten und pastoral in die Zukunft zu führen!

Bist du eine Person mit ...

- > Gemeinschaftssinn
- > Teamplayerspirit
- > Spiritueller Offenheit
- > Freude an der Vielfalt
- > Gabe im Organisieren
- > Verantwortungsbewusstsein
- > Wurzeln im christlichen Glauben
- > Grosser Auffassungsgabe für komplexe Strukturen
- > Pragmatischer und doch sorgfältiger Arbeitshaltung
- > abgeschlossenem Studium in katholischer Theologie, inkl. Berufseinführung und Erfahrung in der Pfarreiseelsorge

Wir sind ...

- > eine offene, geistreiche, kritische und lebendige Gemeinde
- > interessiert an sozialen und ökologischen Themen
- > kreativ im Umgang mit verschiedensten auch neuen Gottesdienstformen
- > ein kleines, aber feines Team vor Ort und stark vernetzt
- > partizipativ unterwegs

Interessiert?

Vreni Ammann, Team-Koordinatorin der Seelsorgeeinheit St. Gallen Ost, Tel. 071 224 07 51, vreni.ammann@kathsg.ch oder der bisherige Stelleninhaber, Matthias Wenk Tel. 071 224 07 11, matthias.wenk@kathsg.ch geben gerne weitere Auskünfte zu dieser spannenden Stelle.

Wir freuen uns auf deine digitale Bewerbung bis 15. Juni 2023 an: heidi.kuonen@kathsg.ch
Katholische Kirchgemeinde St. Gallen, H. Kuonen, Personalassistentin, Gallusstr. 34, 9001 St. Gallen

nisierung konsequent zu verfolgen und den zunehmenden internationalen Vorgaben und Regularien zu entsprechen.

Dazu kommt als weiterer Hebel die Anlagestrategie der Investoren, die immer öfter ihre Entscheide von den verfolgten Klimazielen der Unternehmen abhängig machen. Führende Klimaforscher setzen nach enttäuschenden Erfahrungen in der Politik denn auch auf die Innovationskraft der Wirtschaft.

Allerdings sind viele klimaneutrale Business-Modelle nur dann wirtschaftlich, wenn sie sich auf verlässliche gesetzliche Vorgaben, etwa klare Ausstiegsziele oder Grenzwerte abstützen können. Diese können nur von der nationalen *und* internationalen Politik gesetzt werden. Dann kann es schnell gehen, wie der massive Anstieg der installierten Solarpanels illustriert.

Die Politik wird einen Weg finden

Ohne Politik geht es nicht. Das zeigt die Diskussion der alternativen Wege. Am Ende braucht es demokratisch abgesicherte Entscheide. Politik aber ist langsam, wenn sie in demokratischen Gefügen stattfindet. Das gilt auf internationaler und nationaler Ebene, und erst recht für die direktdemokratisch gefasste Schweizer Politik.

Diese landläufige Erfahrung hat in den letzten Jahren allerdings eine radikale Gegenposition erhalten. Es kann auch in der Schweiz sehr schnell gehen, wenn die Situation es erfordert. In kurzer Folge ist dies in diesem Land in den letzten fünf Jahren dreimal passiert. Das erste Mal bei der Bewältigung der Corona-Pandemie, das zweite Mal bei der Absicherung der *Axpo*, das dritte Mal bei der Abwicklung der *Credit Suisse*. Jedes Mal griff der Bundesrat zu Notrecht und entschied ohne demokratische Absicherung, was gemacht werden musste.

Entscheidend war jedes Mal der Faktor »Zeit«. Die drohende Ausweitung der Pandemie verlangte nach Sofortmassnahmen, damit vulnerable Personen geschützt werden konnten. Die *Axpo* wurde sofort mit staatlichen Garantien stabilisiert, damit die Stromversorgung gewährleistet blieb. Die *Credit Suisse* musste über das Wochenende »gerettet« werden, weil sie mutmasslich zu Wochenbeginn bankrott gewesen wäre.

Das politische Entscheiden mit Notrecht ist nicht durch einen Mangel an gesetzlichen Grundlagen gerechtfertigt, sondern durch die zeitliche Notwendigkeit, grösseren Schaden abzuwenden. Diese zeitliche Zwangslage hat unterschiedliche



Die Klimabewegung demonstriert. Ist die ökologische Ordnung gestört, soll die Zürcher Regierung neu ohne Rücksicht auf Gesetze eingreifen dürfen. Dies diskutiert die Politik

Motivationen: einmal sind es die kaum noch abwendbaren gesundheitlichen Bedrohungen, das andere Mal das Risiko, dass die heimische Stromversorgung kollabiert, das dritte Mal, dass das globale Finanzsystem zusammenbricht. Die möglichen Schäden legitimieren dieses Vorgehen.

Es liegt auf der Hand, sich zu fragen, ob dies alles nicht auch für die Klimakrise zutrifft. Folgt man den wissenschaftlichen Diskurs, so besteht die unmittelbare Gefahr, dass wichtige klimatische Einflussfaktoren kippen und das Klima sich in nicht vorhersehbarer Weise verändern könnte. Legitimiert diese Gefahr des Klimanotstandes nicht den Ruf nach einer weiteren Anwendung von Notrecht, nach einem autoritären Regime, einer wohlwollenden Diktatorin? Immer wieder sind Stimmen zu vernehmen, die in ihrer berechtigten Klimaangst vor diesem Schritt nicht mehr zurückschrecken und bereit sind, auf Freiheit und Selbstbestimmung zu verzichten, um die Menschheit vor einer Klimakatastrophe zu bewahren.

Demokratisches Paradox

Allerdings unterscheidet sich der Klimanotstand von den anderen Situationen, in denen in jüngster Zeit zu Notrecht gegriffen wurde. In der Klimapolitik gibt es nicht die eine Massnahme, welche die Klimakrise sofort entschärfen könnte. Trotzdem hängen viele Klimaeffekte davon ab, was heute gemacht wird. Je länger zugewartet wird, desto grösser werden nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Schäden sein, sondern desto tiefgreifender wird die Politik dann in die Freiheit der Individuen

eingreifen müssen, um noch Schlimmeres abzuwenden.

Hier tut sich ein demokratisches Paradox auf. Die Forderung nach Anwendung von Notrecht kann nur über die tradierten demokratischen Entscheidungswege vorgebracht werden, ausser die Regierung entscheidet selbst, Notrecht anzuwenden. Danach sieht es im Moment allerdings nicht aus. Im Kanton Zürich ist aber eine Parlamentarische Initiative hängig, welche den Anwendungsbereich des Notrechts ausweiten will. Neu soll die Regierung ohne Rücksicht auf die gesetzliche Grundlage auch dann eingreifen dürfen, wenn die »ökologische Ordnung schwerwiegend gestört oder unmittelbar bedroht« ist.

Der zentrale Punkt in der Klimapolitik ist also nicht (mehr), ob wir in einer Klimakrise stecken, auch nicht, was getan werden müsste, um unsere Lebensweise klimaneutral zu gestalten, der zentrale Punkt der Auseinandersetzung dreht sich inzwischen um die Frage, wie viel Zeit uns noch bleibt. ◆

Carlo Knöpfel ist Professor für Sozialpolitik und Soziale Arbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Bis 2012 arbeitete der promovierte Wirtschaftswissenschaftler bei Caritas Schweiz als Mitglied der Geschäftsleitung. Zudem war der 63-Jährige Präsident des Vereins Surprise, dem das Strassenmagazin der Schweiz

